# Sachsen-Zeitung

**Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter**

Die „Sachsen-Zeitung" erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in den Geschäftsstellen und Ausgabestellen Mark im Monat, bei Zustellung durch die Boten Mark, bei Postbestellung Mark zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 15 Pfg. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

*Früher: Wilsdruffer Tageblatt*

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 30 Goldpfennig, die 2gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 60 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile der Zeitung 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen auch alle Vermittlungsstellen entgegen.

*Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6*

Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen u. a.

**Nr. 40 — 83. Jahrgang.** Tel.-Adr.: „Sachsenzeitung" **Wilsdruff-Dresden.** Postscheck: Dresden 2640 **Sonnabend 16. Februar 1924**


## Der Triumph des Militarismus

Der kürzlich erfolgte Abschluß eines politischen Bündnisses zwischen Frankreich und Tschechoslowakei, das zweifellos von einem militärischen Geheimabkommen begleitet war, lenkt den Blick wieder einmal auf die Rüstungspolitik Frankreichs und der Kleinen Entente und jenes System politisch-militärischer Einkreisung, unter dem Deutschland nun schon seit Jahren leidet. Wir wissen heute, daß Militärabkommen nicht nur zwischen Paris und Prag, sondern auch zwischen Frankreich und Polen, Südslavien und Rumänien bestehen. Französische Militärmissionen halten sich dauernd in der Tschechoslowakei, in Polen, in Südslavien, Rumänien, ja selbst in Dänemark zur militärischen Ausbildung der dortigen Heere auf. Mit Wahrscheinlichkeit ist ferner anzunehmen, daß Militärverträge zwischen Frankreich, England und Belgien, Frankreich und Italien, und Frankreich und Lettland bestehen. Es kann gar kein Zweifel darüber sein, daß alle diese Verträge ausschließlich gegen die ehemaligen Mittelmächte, vor allem gegen Deutschland gerichtet sind, gegen ein Deutschland, das völlig entwaffnet ist und militärisch gar keine Bedeutung hat. Die militärische Gruppierung aller dieser Mächte vor allen Dingen aber Frankreichs und seiner Vasallenstaaten, läßt den offensiven Charakter aller dieser Bündnisse und Abkommen ganz klar erkennen.

Wie stellt sich nun der tatsächliche Rüstungsstand der europäischen Großmächte und der wichtigsten von ihnen abhängigen Vasallenstaaten? Hält man die Ziffern gegeneinander, dann erstaunt man über den ungeheueren Umfang der Rüstungsstärken und über die riesige Heuchelei der meisten Großmächte, die dauernd von Abrüstung reden, aber nicht im geringsten eine solche Abrüstung praktisch zur Ausführung bringen. Es beträgt die augenblickliche Friedensstärke

| | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Frankreichs | 832000 | Mann | bei einer | Bevölkerung | v. | 39,2 | Mill. |
| Großbritanniens | 255000 | „ | „ | „ | „ | 47,3 | „ |
| Italiens | 260000 | „ | „ | „ | „ | 39,5 | „ |
| Belgiens | 120000 | „ | „ | „ | „ | 7,62 | „ |
| Polens | 430000 | „ | „ | „ | „ | 27,2 | „ |
| **Deutschlands** | 100000 | „ | „ | „ | „ | 62,2 | „ |

Gibt es einen krasseren Abstand als den zwischen der Friedensstärke der Westmächte und der augenblicklichen deutschen Friedensstärke? Und vor einer solchen Armee zittert das Frankreich von heute!

Aus den obigen Angaben geht schon hervor, daß Frankreich heute die stärkste Armee der Welt hat, und zwar nicht nur zahlenmäßig, sondern auch in Bezug auf Organisation, Ausbildung, Material und Zusammensetzung. Die allgemeine Dienstzeit ist zwar im Jahre 1924 auf 18 Monate herabgesetzt. Das will aber gar nichts besagen, wenn man hört, daß heute über 200 farbige Bataillone mehr vorhanden sind als 1914, und daß 10 Tank- und 14 Fliegerregimenter mit insgesamt 3000 Kampfwagen und 1500 Flugzeugen ohne Einrechnung von Reserven und Mobilisationsbeständen neu aufgestellt worden sind. Technisch ist die französische Armee auf den denkbar höchsten Stand gebracht. Der Etat für 1923 wies nach dem „Temps" einen Betrag von 870,8 Millionen Franken für Instandhaltung des Materials auf gegenüber einem solchen von 174,3 Millionen Franken für 1914.

Ganz besonders bemerkenswert ist die Ueberlegenheit Frankreichs an Flugzeugen und Geschützen auch unter den Staaten der großen Entente.

Geschütze und Flugzeuge 1923:

| | Geschütze: | Flugzeuge: |
|---|---|---|
| Frankreich | 3840 | 1550 Friedensbestand (4000 Kriegsgarnitur) |
| England | 1210 | 368 |
| Italien | 2160 | 494 |
| Deutschland | 280 | keine. |

Die französische Flugwaffe soll künftighin 21 Luftregimenter umfassen, davon 19 Fliegerregimenter mit 220 Abteilungen und 2 Luftschifferregimenter mit 19 Kompagnien. Hiernach ist Frankreich also unter den Mächten Europas tatsächlich der Herr in der Luft, es ist weiter der nach ihm stärksten Macht in der Luft noch ungefähr um das Dreifache in der Zahl seiner Flugwaffen überlegen. Frankreich ist weiter der einzige europäische Staat, der mehr als 2 Prozent seiner Bevölkerung ständig unter den Fahnen hält.

Das kleine Belgien hat nach einem Gesetz vom Jahre 1923 im Kriegszustande eine erste Armee von 225 000 Mann im Alter von 18 bis 24 Jahren, eine zweite von der gleichen Stärke der Altersklassen von 24 bis 28 Jahren, eine Nachschubreserve von 250 000 Mann, eine weitere zum Schutze der rückwärtigen Verbindungen und schließlich 500 000 Mann Reserve für die militärische industrielle Mobilmachung.

Dazu halte man die finanziellen Ausgaben der wichtigsten Großmächte für ihre Rüstungen. Nach einer amerikanischen Statistik entfallen von den Kosten für die Armee auf den Kopf der Bevölkerung:

| | |
|---|---|
| in den Vereinigten Staaten | 2,99 Dollar, |
| in England | 11,90 Dollar, |
| in Italien | 13,69 Dollar, |
| dagegen in Frankreich | 20,60 Dollar. |

Die Gesamtausgaben Frankreichs für seine Armee betrugen nach der letzten erfaßbaren Zusammenstellung für 1922 = 3,5 Milliarden Papierfr. = 1,2 Milliarden Goldfr.

Hält man alle diese Zahlen zusammen, dann kann man in der Tat von einem Triumph des Militarismus in Europa sprechen. Wer aber betreibt diesen Militarismus? Niemand anders als das „friedliebende" Frankreich Clemenceaus und Poincarés!

# Große Erregung in England über die Vorgänge in der Pfalz.

### Besprechungen zwischen dem Londoner deutschen und dem Berliner englischen Botschafter.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**London, 15. Febr.** In englischen amtlichen Kreisen herrscht heute große Erregung über die Nachrichten aus der Pfalz. Die Lage in der Pfalz war gestern Gegenstand von Besprechungen im Außenministerium zwischen dem deutschen Botschafter Sthamer und dem englischen Botschafter in Berlin Lord d'Abernon, der aus Deutschland hier eingetroffen ist. Wie allgemein angenommen wird, dürfte Lord d'Abernon auf Ausführungen über zu erwartende Berichte der Sachverständigen gerechnet haben. Von englischer Seite wird in Paris und Koblenz darauf gedrungen, daß die schon vor einiger Zeit nach der Pfalz entsandte internationale Kommission mit höchster Beschleunigung die Wiederherstellung einer normalen Verwaltung betreiben soll. Nach englischer Auffassung wären die letzten Unruhen überhaupt nicht entstanden, wenn den vertriebenen Beamten etwas früher die Aufnahme ihrer Tätigkeit gestattet worden wäre und wenn die französischen Behörden dafür Sorge getragen hätten, die Separatistenbanden unter diktatorischen Drohungen aus der Pfalz wegschaffen zu lassen.

### Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**Berlin, 15. Febr.** In einer Rede, die gestern der Reichswirtschaftsminister Hamm im wirtschaftspolitischen Ausschuß des Reichswirtschaftsrates gehalten hat, führte der Minister u. a. aus: Die wirtschaftspolitischen Kreise müßten darauf bedacht sein, den Anschluß an den Welthandel zu gewinnen; im allgemeinen müßten die Bemühungen fortgesetzt werden, die Preise weiter herabzusetzen und alle Ursachen der Teuerung zu verhindern. Deutschland könne ohne den Welthandel nicht leben. Die Einfuhrverbote müßten nach und nach abgebaut werden. Ein plötzliches Aufheben der Einfuhrverbote dürfte jedoch nicht eintreten. Zunächst dürfte für Waren die Einfuhr freigegeben werden, über die keine Meinungsverschiedenheiten bestehen. Ein neuer Zolltarif würde ausgearbeitet. Von der Krisis in der Landwirtschaft meinte der Minister, diese sei nur eine vorübergehende Erscheinung und lasse sich mit großen Maßnahmen beseitigen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen beschäftigte sich der Minister mit der Politik der Banken. Er bezeichnete es las unmöglich, daß Banken Reichsbankkredite mit 10 Prozent Gewinn weitergeben.

### Die dritte Steuernotverordnung.

**Berlin, 15. Febr.** Die dritte Steuernotverordnung ist heute im Reichsgesetzblatt (Nummer 11 vom 15. Febr.) veröffentlicht worden. Sie ist auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 in Kraft gesetzt. Es ist nicht gelungen, im Reichsrat und Reichstag, deren Ausschüsse angehört worden waren, zu einer Einigung zu kommen. Immerhin sind von der Regierung unter Berücksichtigung der Vorschläge dieser Ausschüsse zum Teil sehr weite Aenderungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf vorgenommen worden. Sie seien nachfolgend aufgeführt:

Als Höchstaufwertungsgrenze sind 15 Proz. festgesetzt (im ersten Entwurf waren es 10 Proz.), über die nicht hinausgegangen werden darf. In seltenen Ausnahmefällen kann der Schuldner von der Aufwertungsstelle eine Herabsetzung beantragen. Die Fälligkeit der Aufwertungssummen ist bis zum Jahre 1923 hinausgeschoben worden. Die Verzinsung wird von 1 auf 2 Proz. jährlich erhöht. Bei den Pfandbriefen erfolgt die Verteilung des Aufwertungsbetrages ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des Erwerbs. Bei den Sparkassen hat man von der Errichtung gemeinnütziger Anstalten abgesehen. Der Aufwertungsbetrag fließt den Sparern direkt zu. Auch bei den Versicherungen sollen die Versicherten die Aufwertungsbeträge direkt erhalten, während ausdrücklich diese Summen zu gemeinnützigen Zwecken verwendet werden sollen. Die Verzinsung und Einlösung von Anleihen des Reiches und der Länder, die vor dem Inkrafttreten der neuen Verordnung aufgenommen worden sind und auf Reichsmark lauten, kann bis zur Erledigung sämtlicher Reparationsverpflichtungen nicht gefordert werden. Der erste Entwurf lautete in dieser Beziehung präziser. Diese Vorschrift gilt auch für Gemeinden und Gemeindeverbände. Die Bestimmungen über den Geldentwertungsausgleich zugunsten der Länder sind verschiedentlich geändert, insbesondere ist bestimmt, daß die Erhebung einer Steuer im Zusammenhange mit der Regelung des Mietswesens von dem bebauten Grundbesitz nur so lange gilt, als eine gesetzliche Miete in den betreffenden Landesteilen festgesetzt ist, jedoch nicht über den 31. März 1926 hinaus. Bei unbebauten Grundstücken ist mit Rücksicht auf die Notlage der Landwirtschaft dieser gestattet worden, daß die Zahlungen der Geldentwertungsabgaben nicht vor dem 1. November 1925 fällig sein dürfen. Zum Schlusse sei noch erwähnt, daß den Gemeindebehörden im Besteuerungsverfahren eine größere Mitwirkung als bisher eingeräumt wird.

### Weitere Stärkung des Thüringer Ordnungsblocks.

**Weimar, 15. Febr.** Durch die Zusammenrechnung der Rechtsstimmen hat sich die Zahl der Abgeordneten für den Ordnungsbund noch um weitere zwei vermehrt, indem der Ordnungsbund auf 35 und die Deutschvölkischen auf 7 Mandate angewachsen sind.

### Voraussichtlicher Streik von 10000 Dockarbeitern.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**London, 15. Febr.** Zwischen den Dockarbeitern und den Arbeitgebern ist eine Verständigung bisher noch nicht erzielt worden. Falls nicht noch ein Vergleich zustande kommt, so ist mit einem Ausbruch des Streiks, an dem sich 10 000 Arbeiter beteiligen werden, für morgen zu rechnen.

### Die Mittelmeerflotte die stärkste englische Flotte.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung".)

**London, 15. Febr.** Einer halbamtlichen Meldung zufolge dürfte in Zukunft nach Vollendung der Umgruppierung der Großkampfschiffe nicht mehr die Atlantische, sondern die Mittelmeerflotte die weitaus stärkste Flotte Englands sein.

# Sächsischer Landtag.

Dresden, 14. Februar.

Für den Abg. Leithold-Tettau, der sein Mandat niedergelegt hat, ist Abg. Dr. Troll-Chemnitz in den Landtag eingetreten. Finanzminister Reinhold (Dem.) hat sein Mandat als Abgeordneter niedergelegt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die erste Beratung über den Antrag der Deutschen Volkspartei auf Aenderung des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken. Abg. Dr. Hübschmann (DVP.) begründet den Antrag. Er ersucht um Vorlegung eines Gesetzes, wonach die §§ 2, 3 und 36 des Gesetzes über die Zusammenlegung von Grundstücken und des Enteignungsgesetzes dahin abgeändert werden, daß 1. bei Durchführung von Eisenbahnen oder Kanälen durch ländliche Fluren der Antrag der Beteiligten auf Zusammenlegung auch von dem Unternehmer gestellt und daß diesem Antrage auch gegen den Willen von Grundstückseigentümern und ohne Vornahme einer Abstimmung gefügt werden kann; 2. daß als Zeitpunkt für die Feststellung der Entschädigung nicht der Zeitpunkt des Feststellungstermins oder der Eröffnung der Enteignungsverordnung, sondern entweder der Tag der Zahlung festgesetzt wird, oder aber die Entschädigung, insbesondere für Nachentschädigung, die erst nach erfolgter Abrainung festgesetzt werden, auf wertbeständiger Grundlage zu berechnen ist. — Abg. Schreiber (Dn.) erklärt, seine Partei könne ohne vorherige eingehende Ausschußberatung dem Antrage nicht zustimmen. Das ganze Gesetz bedürfe einer Revision. — Abg. Schembor (Soz.): Seine Partei stimme dem ersten Absatze des Antrags zu. Eine Werterhöhung von Grundstücken beim Bau von Eisenbahnen und Kanälen dürfe nicht allein den Anliegern zugute kommen, sondern der Allgemeinheit. Er ersuche die Regierung um Vorlegung eines Gesetzes, das das Landesamt für Grundstückszusammenlegung entsprechend ausbaue. — Ministerialdirektor Dr. von Hübel erklärt, es liege bereits ein Referentenentwurf zur Umgestaltung des Gesetzes vor. — Der Antrag geht hierauf an den Rechtsausschuß.

Weiter steht zur Beratung ein Antrag Dr. Schneider und Gen., betr. Gewährung von Staatsbeihilfen an die Beratungsstelle für Geschlechtskranke. Abg. Dr. Schneider (DV.) weist auf die bedauerliche Tatsache hin, daß es den Beratungsstellen wegen Mangel an Mitteln nicht mehr möglich sei, ihre segensreiche Arbeit weiter zu leisten. — Abg. Völkel (Soz.) stimmt namens seiner Freunde dem Antrage zu. Die Beratungsstellen müßten zu Kontrollstationen ausgebaut und das Heilverfahren gefördert werden. — Ministerialdirektor Freund kennzeichnet die Tätigkeit der Beratungsstellen. Das Jahr 1921 habe mit 24 700 die höchste Zahl der Meldungen und Beratungen gebracht, 1922 sei ein kleiner Rückgang zu verzeichnen, für 1923 lägen die Zahlen noch nicht vor, doch zeige sich neuerdings eine starke Zunahme der Beratungen. Tief bedauerlich sei die Zunahme der jugendlichen Geschlechtskranken. Der Staat leiste monatlich entsprechende Beihilfen. Die Regierung sei bereit, auch weiterhin regelmäßige Beiträge zu geben. — Abg. Dr. Kretzschmar (Dn.) erklärt die Zustimmung seiner politischen Freunde zu dem Antrage. — Abg. Schneller (Kom.) macht für die Zunahme der

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF